Zeno-Zeitung

Rheder Volkszeitung
Generalanzeiger für Bocholt
Anholter und Isselburger Zeitung.

65. Jahrgang
Postverlagsort: Bocholt.
Postversandort: Dortmund

1.20 Mk. monatlich, einschließlich 25 Pfg. Botenlohn. Durch die Post einschließlich 42 Pfg. Bestellgeld 2.52 Mk. — Anzeigen-Sammelpreis für sämtliche Zeno-Zeitungen 10 Pfg. für 22 Millimeter Breite. Anzeigen im Textteil (61 Millimeter Breite) 80 Pfg. je Millimeter (Preisliste Nr. 6, gültig vom 15. 2. 35).
Hauptgeschäftsstelle Bocholt: Realschulstraße 14, Fernsprecher 3054. Annahmestellen für Anzeigen und Ausgabe von Zeitungen: Bocholt, Dingerloer Straße 55 (A. Florack), Burloer Weg 2 (G. Rötten), Schwanenstraße 2 (B. Unland), Sachsenstraße 69 (H. Nakotte), Tentingstraße 14 (K. Luirmbach), Gneisenaustraße 85 (H. Querbach), Potsdamstraße 2 (W. Hoves). — Geschäftsstelle Rhede: Deichstraße 28, Fernsprecher Amt Rhede 79.

Volksblatt
für Bocholt und den Kreis Borken

Nummer 119 | Mittwoch, den 1. Mai 1935 | Jahrgang 1935

Der Tag der Volksgemeinschaft.

Der neue Sinn des 1. Mai.

Der 1. Mai, einst für einen Teil des deutschen Volkes ein Tag des Klassenkampfes und Klassenhasses, ist heute der Nationalfeiertag des deutschen Volkes, der Tag der Volksgemeinschaft, an dem die Arbeiter der Stirn und der Faust, Betriebsführer und Gefolgschaft in Reih und Glied marschieren, um der öffentlichen Verpflichtung der Vertrauensräte der deutschen Betriebe beizuwohnen und in treuer Verbundenheit gemeinsam zu hören, was ihnen und der gesamten Nation der Führer von der klassischen Großaufmarschstätte der Reichshauptstadt, dem Tempelhofer Feld, aus kundgeben wird, und danach zusammen im Gesang der Nationalhymnen den Treueschwur zu Deutschland zu erneuern.

Der Sinn dieser Feier ist ein hundertprozentig anderer als der des marxistischen „Weltfeiertages", der der Verherrlichung der Lüge von der internationalen Solidarität der arbeitenden Klasse oder, um den Ausdruck der marxistischen Phraseologie zu gebrauchen, des Proletariats, zu dienen hatte. Dem deutschen Arbeiter sollte der Arbeiter eines anderen Volkes, das er nicht verstand und mit dem er nichts gemein hatte, näher stehen als der Volksgenosse gleichen Blutes, der einem andern Stande angehörte. Vergeblich haben die deutschen Arbeiter, die sich vom Marxismus hatten einfangen lassen, von der Verbrüderung der Proletarier aller Länder eine Besserung ihrer sozialen Lage erhofft. Der liberalistische Kapitalismus und der marxistische Klassenkampf erweiterten nur von Jahr zu Jahr die Kluft, die durch sie im deutschen Volk gerissen worden war. Immer schwieriger wurde den deutschen Menschen das gegenseitige Verstehen, aber auch immer größer die Not breitester Volksschichten. Eine radikale Abkehr von der marxistischen Ideologie tat bitternot, und sie ist Tatsache geworden in Deutschland.

An die Stelle der sozialistischen Maifeiern trat 1933 der Tag der nationalen Arbeit, und aus ihm ist der Nationale Feiertag des deutschen Volkes geworden, den wir in dieser Form heute abermals in nationaler Solidarität begehen, um unsere Achtung vor der Arbeit und dem Arbeiter zu betonen. Aber wir fassen die Arbeit anders auf, als es früher geschah. Für uns ist der Gelehrte und der Betriebsführer, der Handwerker, der Beamte und der Angestellte ebenso ein Arbeiter wie der Mann, der an der Maschine steht, den Hammer führt oder die Spitzhacke schwingt. Alle sind in einer großen Volksgemeinschaft zusammengeschweißt, niemand sieht mehr in dem anderen einen Vertreter der zu hassenden Klasse, sondern einen Arbeitsbruder, der mithilft am Aufbau des neuen Deutschland. Und wir wollen um so mehr heute ein Volk von Brüdern sein, als wir sehen, wie verständnislos die Umwelt diesem inneren Neuaufbau gegenübersteht. Wir wollen uns bewußt sein, daß wir, wie Reichsarbeitsminister Seldte in seinem Aufruf zum 1. Mai sagt, darauf angewiesen sind, eng aneinanderzurücken und unsere Volksgemeinschaft als einzigen sicheren Hort auch des einzelnen Volksgenossen anzusehen. Wir sind und wollen sein ein großes Volk, das nicht auseinanderstrebt, sondern gemeinsam zu einem Ziele marschiert und gerade diesen Maitag zum Bekenntnistag für die umfassende Arbeitsgemeinschaft, die der Erkenntnis der unabänderlichen Not- und Glücksgemeinschaft entsprungen ist, erkoren hat. Statt Barrikaden auf den Straßen grüßen Fahnen und Maiengrün an den Häusern die Züge der Marschierenden, die statt Streit Brüderschaft beseelt und statt Verneinung Zukunftswille.

Die alle Schaffenden umfassende Deutsche Arbeitsfront, die an die Stelle der tausend und abertausend Verbände und Vereine der vergangenen Jahre getreten ist und durch ihre Existenz und ihre 25 Millionen Mitglieder sinnfälliger Ausdruck für die grundlegende Umwandlung der seelischen Haltung und für die Beseitigung der ungeheuren Zersplitterung des Volkskörpers durch die Volksgemeinschaft ist, gibt dem heutigen Tage die besondere Signatur. Tatkräftiger Wille und außerordentliche Organisationsgabe haben diese größte soziale Vereinigung der Welt geschaffen, und politische Ueberzeugung und Kraft weisen ihr im Sinne des Führers Weg und Ziel. An die Männer und Frauen dieser Front der Werksleute aller Grade und Sparten hat sich soeben ihr Reichsleiter Dr. Ley in einem programmatischen Aufruf gewandt. Erforderten bisher die Organisation des Riesengebildes und der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit den Einsatz aller Kräfte, so kündigt nunmehr Dr. Ley an, daß noch in diesem Jahre der letzte Arbeitswillige Arbeit bekommen wird und daß zugleich an eine andere Aufgabe, die bisher hinter die Ueberwindung der Erwerbslosigkeit zurücktreten mußte, die aber nicht minder groß und wichtig ist, herangegangen werden soll: an die Schaffung des gerechten Lohnes. Bislang ist das alte Lohnniveau mit seinen Mängeln und Ungerechtigkeiten aufrecht erhalten worden, weil unsere durch und durch kranke Wirtschaft Lohnerhöhungen noch nicht ertragen konnte und vor allem die sofortige Eingliederung der Arbeitslosen in die Wirtschaft unmöglich gemacht worden wäre. Aber schon bald nach der Machtergreifung durch den Nationalsozialismus wurde angekündigt, daß die Lohnfrage angepackt werden würde, und bei der Eröffnung der diesjährigen Leipziger Frühjahrsmesse erklärte Dr. Ley: „Es kann uns keiner weismachen, daß das heutige Lohnsystem gerecht wäre. Denn dieses Lohnsystem ist auf Hilflosigkeit und auf den Zufall aufgebaut. Es wird unsere vornehmste Aufgabe sein, für den deutschen Arbeiter den gerechten Lohn zu finden." In seinem Aufruf zum 1. Mai gibt der Leiter der Deutschen Arbeitsfront Aufschluß darüber, wie dieses bislang noch von keinem Lande der Erde gelöste Problem in Deutschland seiner Lösung zugeführt werden soll. Die besten Sachkenner auf diesem Gebiete der Sozialordnung sind berufen worden, um alle wissenschaftlichen Grundlagen dazu zusammenzutragen, und in Jahresfrist soll das Ergebnis der Arbeit vorliegen. Zwei Gruppen von Arbeitern wird dabei, wie Dr. Ley bei der Verkündigung der Sieger im Reichsberufswettkampf seinen Aufruf ergänzte, in erster Linie die Sorge dieses Jahres gelten: den Arbeitern der durch die wirtschaftlichen Umstände am schwersten getroffenen Textilindustrie und den Bergleuten. Der gerechte Lohn ist eine alte christliche Forderung. Alle guten Wünsche des Volkes werden daher den ihm gewidmeten Bemühungen gelten. Und es sind nur zu richtige und begründete Gedanken, die Dr. Ley in dem Aufruf seiner Ankündigung, daß das System der Entlohnung, des Akkords und der Arbeitsmethoden auf eine neue, gerechte und allen Teilen nützliche Basis gestellt werden würde, in den Worten folgen ließ: „Wir werden nichts tun, was nur einem Teil der Wirtschaft nützt. Was dem Arbeiter nützt, soll gleichermaßen dem Unternehmer dienlich sein, und was dem Unternehmer Nutzen bringt, soll gleichzeitig dem Arbeiter zum Segen gereichen." Aber lassen wir, so selbstverständlich für eine wirkliche Volksgemeinschaft diese Worte sind, nicht unbeachtet, daß die Lösung der Aufgabe nicht einfach ist! Gelingt sie, wie wir zuversichtlich hoffen, so wird damit nach der in diesem Frühjahr erfolgten Aufrichtung der sozialen Selbstverwaltung durch die Eingliederung der gewerblichen Wirtschaft in die Deutsche Arbeitsfront ein neuer, großer Meilenstein in der deutschen Sozialordnung erreicht sein. Die Erfahrung hat uns gelehrt, daß hinter nationalsozialistischen Ankündigungen der harte, unbeugsame Wille zur Tat steht. Und darum darf man sagen, daß diese Ankündigung dem diesjährigen Nationalfeiertage eine besondere Bedeutung verleiht.

Der gerechte Lohn gehört zur Volksgemeinschaft ebenso, wie er dem Träger der Arbeit, dem schaffenden Menschen der Faust und Stirn, gebührt. Achtung der Arbeit und Ehre des Arbeiters sind aufs engste mit dieser Forderung verbunden. Ihre Verwirklichung wird die Anstrengungen und Mühen um den festen Zusammenschluß aller Deutschen und die Ueberwindung der Zerrissenheit und Klassenspaltung, durch die das deutsche Volk in den vergangenen Jahren so schwer gelitten hat, in würdigster Weise krönen und, wie die deutsche Souveränität durch die Wiedererlangung der Wehrhoheit wiederhergestellt worden ist, so Stärke im Innern bedeuten und den Selbstbehauptungswillen des deutschen Volkes unerschütterlich untermauern. #

Die Einführung des Oberpräsidenten der Rheinprovinz Terboven in sein Amt.

Mit besonderer Feierlichkeit erfolgte in der Koblenzer Stadthalle die Amtseinweisung des neuen Oberpräsidenten der Rheinprovinz Gauleiter Terboven durch den preußischen Ministerpräsidenten General Göring. Auf unserem Bild links sieht man Ministerpräsident Göring während des Festaktes in der Koblenzer Stadthalle bei seiner Rede. Vor ihm (rechts unten) steht Gauleiter Staatsrat Terboven. Auf dem Bilde rechts sieht man den Ministerpräsidenten in Begleitung des Oberpräsidenten auf dem Wege zur Stadthalle.

Scherl (M)



100 Arbeiter aus dem ganzen Reich sind Ehrengäste der Reichsregierung.

Ein herzlicher Empfang in Berlin.

DNB **Berlin**, 30. April.

Zum Nationalen Feiertag des deutschen Volkes hat die Reichsregierung auch diesmal wieder im Zeichen ihrer Verbundenheit mit dem schaffenden Volk Arbeiter aus allen Gauen des Deutschen Reiches zu Gast geladen. Die Abordnung, insgesamt 100 Mann, sind im Laufe des Dienstag vormittag im Flugzeug oder mit der Bahn in Berlin eingetroffen. Das Programm für den Aufenthalt der Ehrengäste in Berlin sieht die Teilnahme an sämtlichen Veranstaltungen am 1. Mai vor, Empfänge durch den Führer und den Staatskommissar der Reichshauptstadt, Rundfahrten, ein Ausflug nach Potsdam, Theaterbesuche usw. Die Gäste wohnen in neun der besten Hotels und werden von Obmännern der SA, SS, PO bezw. DAF gruppenweise betreut. 54 Ehrengäste kamen teils mit planmäßigen Flugzeugen, teils in Sondermaschinen auf dem Tempelhofer Feld an. Weitere 43 Ehrengäste kamen auf den verschiedenen Berliner Fernbahnhöfen aus allen Richtungen des Reiches mit den fahrplanmäßigen Zügen an. Drei Berliner wurden aus ihren Wohnungen zu den Hotels gefahren.

Um die Mittagszeit waren die von der Reichsregierung nach Berlin geladenen Ehrenabordnungen vollzählig eingetroffen. Wo man sie auch fragte, waren die Gäste des Lobes voll über die herzliche Aufnahme und die aufmerksame Betreuung, für die ihnen ihre Obmänner, alte Parteigenossen, zur Seite stehen. Im allgemeinen hat jeder Gau drei Mann entsandt. Man sieht in den Hotels nicht nur Vertreter der verschiedensten Landesteile — so wohnen, um nur ein Beispiel zu nehmen, im „Kaiserhof" Rheinländer, Hannoveraner, Pommern und Bayern —, sondern auch Angehörige der verschiedensten Berufsgruppen zusammen: Schlosser, Straßenarbeiter, Bäcker, Angestellte, Werftarbeiter, Kutscher, Streckenarbeiter usw. Meist sind es alte Parteimitglieder, die der SA, SS oder der PO angehören; viele tragen das goldene Parteiabzeichen. Das einigende Band nationalsozialistischen Denkens und Fühlens hat die einander doch ganz fremden Menschen im Nu in schönster Kameradschaft zusammengeführt.

Die Arbeiter-Abordnungen im Reichspropagandaministerium.

Der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, Dr. Goebbels, empfing am Dienstagnachmittag zusammen mit Reichsorganisationsleiter Dr. Ley und dem Reichsjugendführer Baldur von Schirach im Thronsaal seines Ministeriums die aus insgesamt 100 Mann bestehenden Arbeiterabordnungen aus dem Reich und die 38 Sieger und Siegerinnen im Reichsberufswettkampf. Die Gäste nahmen an blumengeschmückten Tischen Platz, wo ihnen bei musikalischen Darbietungen Kaffee, Tee und andere Erfrischungen gereicht wurden.

Der Minister hielt an seine Gäste eine Ansprache,

in der er ihnen zunächst den Willkommensgruß des Führers und der Reichsregierung wie auch der Reichshauptstadt entbot. Er wies darauf hin, daß in diesen Räumen sonst große Empfänge der Diplomatie, der ausländischen Presse und sonstiger Vertreter des öffentlichen Lebens stattfinden. Es sei ihm eine ganz besondere Freude, nun auch deutsche Arbeiter an dieser Stätte begrüßen zu können. Sie sind hierher gekommen, so fuhr der Minister fort, als die Vertreter ihrer Kameraden, sozusagen als die Repräsentanten des ganzen schaffenden deutschen Volkes. Ich weiß, daß Millionen deutscher Arbeiter sich freuen werden, daß sie die großen Feiern hier in Berlin mit erleben dürfen und die hohe Ehre haben, am 1. Mai beim Führer persönlich zu Gast zu sein. Ich weiß aber auch, daß Sie als deutsche Arbeiter ein besseres Verständnis für die große Wandlung der Dinge aufbringen können als mancher Intellektuelle, der da glaubt, am neuen Staat noch herumnörgeln und herumkritteln zu müssen. (Stürmische Zustimmung). Die Tatsache, daß in jedem Jahr über hundert deutsche Arbeiter Gäste der Reichsregierung sind und daß der Führer und seine Minister sich nicht scheuen, mit ihnen Auge in Auge zusammenzukommen und sich mit ihnen über die Sorgen auszusprechen, die uns alle belasten und von denen niemand von uns verschont bleibt, ist der beste Beweis dafür, daß wir alle ein reines Gewissen haben und daß sich keiner von uns etwas vorzuwerfen braucht. Daß ein immer festeres Band die Führung des Volkes, mit dem letzter Mann verbindet, das ist mein herzlichster und innigster Wunsch. In diesem Sinne müßte ich Sie als die Repräsentanten des ganzen schaffenden Volkes, das heute im Geiste bei uns zu Gast ist, willkommen heißen und Ihrer

wünschen, daß Sie von den großen Tagen in Berlin Kraft, Stärke und Zuversicht für Ihre schwere Tagesarbeit mit nach Hause nehmen. Herzlichster Beifall dankte dem Minister für seine Worte.

Der Reichsorganisationsleiter und Leiter der Deutschen Arbeitsfront Dr. Ley

wies darauf hin, daß sich in der inneren Haltung des deutschen Arbeiters ein entscheidender Wandel vollzogen habe. Habe der Arbeiter sich früher als minderwertig empfunden und sich selbst zum Proleten gestempelt, so gehe er heute selbstbewußt und stolz einher. Immerhin seien noch viele Vorurteile zu überwinden. Gerade der 1. Mai, so hob Dr. Ley hervor, soll uns ein Symbol dafür sein, daß wir nie rasten wollen, den Plunder und Ballast, den wir aus einer falschen Zeit, aus einer Welt der falschen Erziehung mitgenommen haben, abzuwerfen.

Reichsjugendführer Baldur von Schirach, der dann noch zu den Arbeitern und den Siegern des Berufswettkampfes sprach, erinnerte daran, daß die Hitlerjugend vom Tage ihrer Gründung an in Ehren einen Namen getragen hat, auf den sie stolz gewesen ist: Bund deutscher Arbeiterjugend. Sie ist, so betonte er, diesem Namen treu geblieben. Wenn wir heute auf die Millionengefolgschaft der Hitlerjugend schauen, dann stellen wir fest, daß sie in Wahrheit die Vertretung der deutschen Arbeiterjugend ist. Es ist der Oeffentlichkeit noch nicht bekannt geworden — und ich möchte es hiermit bekanntgeben —, daß 70 v. H. aller Führerstellen der HJ mit Jungarbeitern besetzt sind! (Starker Beifall.) Gemeinsam wollen wir, Kameraden, in eine sozialistische Zukunft marschieren!

Dann nahmen Reichsminister Dr. Goebbels, Dr. Ley und Baldur von Schirach unter freudigem Beifall an den Tischen der Gäste Platz, um noch geraume Zeit in angeregter Unterhaltung bei ihnen zu verweilen. Von Zeit zu Zeit wechselten sie die Plätze, um so möglichst mit allen Arbeitskameraden in Fühlung zu kommen.

Der Dank des Idarsteiner Gebiets an Dr. Goebbels

Anläßlich des Empfanges der Arbeiterdelegationen im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda überreichte eine Arbeiterabordnung aus dem Idarsteiner Gebiet unter Führung des Gauleiters Staatsrat Simon Reichsminister Dr. Goebbels eine 10teilige Schreibtischgarnitur aus kostbarem Achat.

Mit dem Geschenk brachten sie ihren Dank dafür zum Ausdruck, daß dem notleidenden Idarsteiner Gebiet die Anfertigung des Winterhilfsschlußabzeichens zugewiesen und damit zahlreichen Volksgenossen Arbeit und Brot vermittelt worden war.

Aufruf des Reichsarbeitsministers.

DNB **Berlin,** 30. April.

Reichsarbeitsminister Seldte erläßt zum Nationalen Feiertag des deutschen Volkes folgenden Aufruf:

„Dem Nationalen Feiertag des deutschen Volkes sind in diesem Jahre zwei andere bedeutungsvolle Tage vorangegangen, deren wir uns am 1. Mai zu erinnern haben.

Die Tat des Führers vom 16. März 1935 hat dem deutschen Volke die Wehrhoheit wiedergegeben und es damit wieder in den vollen Besitz seiner nationalen Ehre gebracht. Erst jetzt, da wir vor aller Welt unsere Ehre als Nation wiederhergestellt haben, können wir auch den Begriff der sozialen Ehre innerhalb unserer Volksgemeinschaft so frei entwickeln, wie es nationalsozialistischer Denkweise entspricht. Darum können wir nach dem Tag der nationalen Ehre, dem 16. März, den Tag der sozialen Ehre, den 1. Mai, in diesem Jahre besonders freudig begehen.

Für das soziale Leben unseres Volkes war außerdem der 21. März 1935 ein weiterer bedeutungsvoller Tag. Die Leipziger Vereinbarung des Reichswirtschafts- und des Reichsarbeitsministers mit dem Leiter der Deutschen Arbeitsfront ist ein entscheidender Schritt vorwärts im Ausbau der sozialen Selbstverwaltung und in der Entwicklung des Gemeinschaftslebens, das wir für unser Volk wünschen. Mit tiefer Befriedigung stelle ich fest, daß der Gemeinschaftsgedanke, den das Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit zum Leitgedanken auch für das soziale Leben erhoben hat, sich immer stärker Bahn bricht. Einen überzeugenden Beweis dafür erbrachten die Vertrauensratswahlen, bei denen Betriebsführer und Gefolgschaften die vorgeschlagenen Vertrauensmänner mit überragenden Stimmenmehrheiten bestätigten. Nur bei diesem Gemeinschaftsgeist der schaffenden Menschen konnte auch der ebenso kühne wie vertrauensvolle Wurf der Leipziger Vereinbarung gewagt werden. Möge das Vertrauen, das der Führer mit seiner Bestätigung dieser Vereinbarung in uns alle gesetzt hat, durch weitere Taten der Gemeinschaftsgesinnung seine Rechtfertigung finden.

Wir Deutsche sind angesichts einer Umwelt, die unserem inneren Neuaufbau zum großen Teil bisher ohne Verständnis gegenüber steht, darauf angewiesen, enganeinanderzurücken und unsere Volksgemeinschaft als einzigen sicheren Hort auch des einzelnen Volksgenossen anzusehen. Die Millionen-Feiern des 1. Mai werden der Welt diese in Treue verschworene Volksgemeinschaft erneut beweisen. Sie werden ihr aber auch zeigen, daß diese Millionenarmee werktätiger deutscher Menschen keinen anderen Wunsch hat, als eine Armee der friedlichen Arbeit zu sein und sich unter der Führung Adolf Hitlers für die eigene Wohlfahrt, für den deutschen Aufbau und auch für die Wohlfahrt der Welt einzusetzen."

Die deutschen U-Bootbauten.

Das Echo der Unterhausaussprache in London und Tokio.

Deutsch-englische Flottenverhandlungen bis Mitte Mai vertagt.

£ **London,** 30. April.

In London wurde am Dienstag mitgeteilt, daß die deutsch-englischen Flottenbesprechungen vorläufig bis nach der erwarteten außenpolitischen Erklärung des Führers aufgeschoben worden sind. Die Erklärung Hitlers werde etwa Mitte Mai erfolgen. Wahrscheinlich würden die Flottenbesprechungen nunmehr etwa in der dritten Maiwoche stattfinden, anstatt, wie ursprünglich vorgesehen, in der ersten Woche dieses Monats.

Der französische Marineminister in London eingetroffen.

£ **London,** 30. April.

Der parlamentarische Berichterstatter der „Times" schreibt u. a., die Mitglieder des Unterhauses hätten keinen Versuch gemacht, ihre Besorgnis über Deutschlands Beschluß, U-Boote zu bauen, zu verheimlichen. Die außenpolitische Aussprache am Donnerstag werde sich zum größten Teil um diese Frage drehen.

In einer Meldung der Preß Association heißt es u. a., die von Simon im Unterhaus abgegebene Mitteilung, daß die deutsche Regierung zwölf U-Boote bestellt habe, habe auf die Mitglieder aller Parteien den Eindruck einer ernsten Entwicklung der europäischen Lage gemacht. In vielen Kreisen glaube man, daß der Beschluß der deutschen Regierung, U-Boote zu bauen, eine herausfordernde Antwort auf die Verurteilung einseitiger Vertragsverletzung durch den Völkerbundsrat darstellen solle.

Die außenpolitische Unterhausaussprache am Donnerstag dürfte beinahe ausschließlich der Wirkung der deutschen Politik auf die europäische Sicherheit gelten. Der deutsche Anspruch auf Gleichberechtigung habe stets Freunde bei allen Parteien des Parlaments gehabt, aber die letzten Ereignisse hätten diese Stimmung beträchtlich verändert. Das ganze Unterhaus stehe nunmehr unter dem Eindruck der Schwierigkeiten, die die Minister bei dem Versuch hätten, Deutschland zu einem Beitrag zur Befriedigung Europas zu veranlassen. Nach den neuesten Vorkehrungen werde die Aussprache von MacDonald eröffnet und von Simon abgeschlossen werden. Lansbury werde für die Arbeiteropposition sprechen, und weitere Beiträge würden u. a. von Sir Austen Chamberlain und Churchill zu erwarten sein.

Der französische Marineminister Piètri ist am Montagabend in London eingetroffen, um am Dienstag der Vermählung der Tochter des britischen Marineministers Sir Bolton Eyres Monsell beizuwohnen. Man nimmt an, daß er die Gelegenheit benutzen wird, um mit seinem englischen Kollegen u. a. die Frage des deutschen Untersee-Programms zu erörtern.

Frankreichs ungeheure U-Bootflotte.

Beachtliche japanische Feststellungen.

:: **Tokio,** 30. April.

Zu dem geplanten Bau deutscher U-Boote wird in Marinekreisen erklärt, daß diese Ankündigung sich zwangsläufig zum Schutze gegen Frankreich ergebe. Frankreich ist mit 91 fertigen, 18 in Bau befindlichen und 25 geplanten U-Boten England und Italien überlegen. Es kann also unmöglich von Deutschland bedroht sein. Zuzurechnen sind dann noch die 45 russischen U-Boote. Ueberdies kann Frankreich beliebig viel U-Boote bauen, da es nicht an den Londoner Vertrag gebunden ist und so seine Ueberlegenheit beibehalten. Für England ist die Lage schwieriger, da es nur 52 fertige U-Boote und 12 in Bau hat. England muß auf die deutschen U-Boote und gleichzeitig auf die französische Aufrüstung achten.

In Marinekreisen ist man der Ansicht, daß die augenblickliche Entwicklung alle Schiffstypen betrifft und daß eine Rückwirkung auf die Flottenkonferenz unvermeidbar ist.

In diesem Jahr ein Ehrentag der Bergleute.

Deutschland will in Ruhe und Frieden arbeiten. – Die Verkündigung der Sieger im Reichsberufswettkampf.

Dr. Ley über das Wollen und die Sorgen des deutschen Arbeiters.

DNB **Saarbrücken,** 29. April.

Zu einem überaus festlichen Akt gestaltete sich am Montag abend die Verkündung der Sieger im Reichsberufswettkampf im historischen Wartburgsaal zu Saarbrücken. Die 38 besten deutschen Berufslehrlinge, 26 Jungen und zwölf Mädel, hatten in der vordersten Reihe Platz genommen. Auf der Bühne hatten die weniger glücklichen Wettbewerber ihren Platz. Gauleiter Bürckel sprach kurze Worte der Begrüßung.

Darauf verkündete Reichsjugendführer Baldur von Schirach die Namen der Sieger und Siegerinnen. In einer kurzen Ansprache wandte er sich auch an die drei anwesenden französischen Jugendführer und gab dem Gefühl der ganzen deutschen Jugend Ausdruck, die sich über die Anwesenheit der französischen Jugendführer in dieser ihrer stolzesten Stunde des Jahres ganz besonders freue. Zu den französischen Jugendführern sagte er dann: „Sie dürfen überzeugt sein, daß die herzliche Aufnahme, die Sie in diesen Tagen hier gefunden haben, nicht nur Ihnen allein als Person gilt, sondern daß Sie das ausdehnen möchten auf die gesamte junge Generation Frankreichs, die uns auf deutschem Boden als unsere Gäste stets willkommen sein würde."

Nach dem Reichsjugendführer sprach mit stürmischem Beifall begrüßt Reichsleiter Dr. Ley. Er überbrachte den Glückwunsch der Arbeitsfront und der Millionen schaffenden Menschen. Er freue sich darüber, daß unter den Siegern die braune Farbe und das Ehrenkleid der Bewegung unserer Jugend weitaus überwiege. Auf Antrag des Reichsjugendführers werde die Arbeitsfront die Träger des Preises weiter betreuen. Sie werde sie nicht loslassen. Zur weiteren Ausbildung dieser jungen Menschen sei ein Stipendium gestiftet worden. Zu den ausländischen Gästen gewandt, betonte Dr. Ley, das deutsche Volk sei ein armes Volk. Es sei nicht so gesegnet mit Gütern wie andere Völker der Erde, aber eins habe es, das sei sein Stolz. Dieses Volk wolle nicht allein für sich, sondern zum Segen der Gesamtheit arbeiten. Was bliebe übrig, wenn man das deutsche kulturelle Leben aus der Geschichte der Völker streiche? Der Deutsche achte die großen Fähigkeiten anderer Völker und freue sich an ihrer Kultur. Er sei nicht neidisch, aber er verlange, daß er anerkannt werde. Das deutsche Volk sei ein unendlich bescheidenes und friedliches Volk. Wenn man ihm aber alle seine rassischen Fähigkeiten zum Vorwurf machen wolle, dann allerdings müßte man das gesamte Volk ausrotten, und dagegen werde es sich wehren. Es wolle in Ruhe leben. Es wolle niemand belästigen, aber auch nicht belästigt werden, weil es arbeiten müsse und arbeiten wolle. Deutschland habe so viele Wunden zu heilen. Bis diese geheilt seien, würden noch Jahrzehnte vergehen. Keine größere Sehnsucht gebe es für Millionen deutscher arbeitender Menschen, als im Frieden mit den Nachbarn zu sein. Er, Dr. Ley, sei überzeugt, daß auch jenseits der Grenze das Volk ebenso den Frieden wolle. Wenn sich die Jugend kennen lernen würde, würde sofort der Gleichklang vorhanden sein. Das könne aber nur auf der Grundlage von Achtung und Ehre geschehen. Wenn sich jetzt zum 1. Mai ein glückliches Erleben dartue, so, weil aus dem deutschen Menschen mit seinen Minderwertigkeitskomplexen, die ihn jahrzehntelang beseelt hätten, ein stolzer Arbeiter geworden sei. Dr. Ley kam dann auf die Lohnfrage zu sprechen, und gab dabei der Hoffnung Ausdruck, bereits zum nächsten Mai in der Gruppe Textil einen gerechten Lohn durchsetzen zu können. Gerade die Textilindustrie sei am schwersten getroffen. Ebenso werde in diesem Jahre einer anderen Gruppe von Arbeitnehmern — dem Bergmann — ein Vertrag gebracht werden. „Wir können, so fuhr Dr. Ley fort, in dem gegebenen Augenblick des Aufbaues keinen höheren Lohn zahlen, aber wir können etwas anderes tun.

Ich habe bereits die Zustimmung meines Führers, der mir erklärte, das gesamte deutsche Volk müsse für seinen Bergmann eintreten, dem Bergmann, der unter ungeheurer Gefahr seine Arbeit leistet. So werden wir in diesem Jahre den Ehrentag der Bergleute schaffen, und die ganze Nation wird sich daran beteiligen.

Wir werden ihm die Sorge wenigstens für das Alter abnehmen können. Wir werden ihm einen guten Urlaub geben können. Ich bin überzeugt, daß wir ein gutes Werk tun werden bis zu dem Augenblick, wo wir auch hier das Lohnproblem in Angriff nehmen können, wie es der Nationalsozialismus verlangt."

Dr. Leys Ausführungen wurden mit großem Jubel aufgenommen. Mit einem dreifachen Sieg-Heil auf den deutschen Arbeiter und den Führer Deutschlands schloß die Verkündung der Sieger im Reichsberufswettkampf, die ihren Ausklang im Gesang des Hitler-Jugend-Liedes fand.

Deutscher Gruß und Hut ab!

Die Ehrenbezeugungen beim Deutschland- und Horst-Wessel-Lied.

DNB **Berlin,** 30. April.

Zur Beseitigung von Meinungsverschiedenheiten wird amtlich mitgeteilt, daß beim Spielen oder Singen des Deutschland- und des Horst Wessel-Liedes anläßlich öffentlicher Veranstaltungen im Freien von den nichtuniformierten männlichen Teilnehmern neben der Erweisung des Deutschen Grußes auch die Kopfbedeckung abzunehmen ist. Die uniformierten Teilnehmer grüßen durch Heben des rechten Armes.

Die Schlußsitzung des Filmkongresses

Dr. Goebbels spricht.

Berlin, 30. April.

Der Internationale Filmkongreß Berlin 1935 ist Dienstag nachmittag mit einer feierlichen Sitzung abgeschlossen worden. Zu der Sitzung, die der Höhepunkt der offiziellen Veranstaltungen des Kongresses war, und die im festlich geschmückten Reichstagssitzungssaal in der Kroll-oper stattfand, war Reichsminister Dr. Goebbels erschienen, um persönlich seine Verbundenheit mit den Filmschaffenden zum Ausdruck zu bringen. In einer eindrucksvollen Rede legte Dr. Goebbels vor den berufensten Filmvertretern des In- und Auslandes die Auffassung des Reiches und seine persönliche Ansicht über den Film dar. Der starke Beifall, der die Rede immer wieder unterbrach und der am Ende außerordentlich lebhaft war, bewies, daß die Versammlung den Schirmherrn des deutschen Films sehr wohl verstanden hatte.

Wir behalten uns vor, den Inhalt der programmatischen Erklärungen des Reichsministers Dr. Goebbels zum Problem des Filmschaffens in aller Ausführlichkeit nachzutragen.

Vor dem Stapellauf ausgebrannt.

DNB **London,** 30. April.

Der im Hafen von Glasgow liegende neue englische Doppelschraubendampfer „Marwarri", dessen Stapellauf am 1. Mai stattfinden sollte, ist durch ein Großfeuer beinahe zerstört worden. Das Feuer brach aus bisher unbekannter Ursache in der Nacht zum Dienstag in einem Laderaum aus und ergriff in kurzer Zeit einen großen Teil des Schiffes. Als die Feuerwehr eintraf, war der Dampfer von hohen Feuersäulen und Brandwolken eingehüllt. Die eisernen Deckplatten waren glühend rot. Infolge des ungeheuren Gewichts der in das brennende Schiff eingepumpten Wassermassen mußten Löcher in die Seitenwände gebohrt werden, um das Wasser wieder abzulassen. Erst in den Morgenstunden des Dienstags gelang es, das Feuer auf den Brandherd zu beschränken. Der angerichtete Sachschaden ist sehr groß.

Der Russenpakt macht neue Schwierigkeiten.

„Ein diplomatischer Betrug Moskaus."

DNB **Paris,** 30. April.

Der französisch-sowjetrussische Beistandspakt schien nach Ansicht der Pariser Morgenblätter nunmehr endgültig abgefaßt. Die Unterredung, die der sowjetrussische Botschafter in Paris am Montag nachmittag mit dem französischen Außenminister hatte, galt nach Ansicht der Blätter der Bereinigung der letzten noch vorhandenen Meinungsverschiedenheiten, die jetzt bis auf eine oder zwei nebensächliche Fragen ausgeschaltet seien.

Der Außenpolitiker des „Excelsior" glaubt schon jetzt die wesentlichsten Punkte des französisch-sowjetrussischen Beistandspaktes folgendermaßen zusammenfassen zu können:

1. Das Abkommen werde im Rahmen des Völkerbundspaktes abgeschlossen.

2. Das Abkommen hindere in keiner Weise die Durchführung des Locarno-Paktes.

3. Der Beistand werde auf der Grundlage einer gerechten Gegenseitigkeit durchgeführt und soll sich in einem Mindestzeitraum vollziehen, der im Einklang mit den Vorrechten des Völkerbundsrates stehe.

4. Alle Meinungsverschiedenheiten über die Bedeutung oder Tragweite sowie die Durchführungsbestimmungen des Abkommens würden durch eine gemeinsame Auslegung der verschiedenen Artikel geregelt, in der die einzelnen Verpflichtungen der Vertragspartner genau umschrieben würden.

5. Das Abkommen sei gegen keine dritte Macht gerichtet, sondern stehe jedem Staat offen, der mit gleichen Rechten und gleichen Pflichten an einem erweiterten System der gegenseitigen Garantien für Osteuropa im Rahmen des Völkerbundes mitarbeiten wolle.

„Quotidien" teilt diese Meinung des „Excelsior" nicht, sondern hält den ganzen französisch-sowjetrussischen Pakt für einen diplomatischen Betrug Moskaus. Moskau habe in seiner amtlichen Auslegung glauben machen wollen, daß der Ostpakt mit dem Locarno-Pakt vergleichbar sei. Locarno sei aber ein Friedenspakt, während der Ostpakt einen Krieg zum Ziele und zur Folge haben werde. Wenn die beiden Pakte wirklich so viel gemeinsames hätten, so würde es sicherlich nicht so schwer gewesen sein, den Ostpakt aufzusetzen, denn dann würde es genügt haben, die Artikel des Locarno-Paktes abzuschreiben. Russischerseits spreche man von einer „vollkommenen Gegenseitigkeit der Verpflichtungen". Man müsse sich aber fragen, was Sowjetrußland überhaupt als Gegenleistung anzubieten habe. Sowjetrußland besitze keine organisierte und kampffähige Armee und verfüge auch über keine finanziellen und wirtschaftlichen Reichtümer, von denen Frankreich Nutzen ziehen könne. Wo bleibe da die Gegenseitigkeit? Wenn man davon spreche, daß der Pakt gegen niemand gerichtet sei, so müsse man das wohl als einen Scherz auffassen, der durch hunderte von Erklärungen sowjetrussischer Persönlichkeiten dementiert sei.

Wachsende Bedenken in Paris.

Das Kabinett lehnt die neue Fassung des Paktes ab.

DNB **Paris,** 30. April.

In dem amtlichen Bericht über den heutigen Ministerrat ist hinsichtlich der französisch-sowjetrussischen Paktverhandlungen die karge Mitteilung enthalten, daß Laval zu diesen Fragen bereits Stellung genommen habe. Wie man jedoch von gutunterrichteter Seite erfährt, soll der heutige Ministerrat sich geweigert haben, auf den französisch-sowjetrussischen Paktentwurf in seiner letzten Fassung einzugehen. Bedenken seien besonders laut geworden gegen die Formel des „automatischen Inkrafttretens" und auch gegen die „Finanzierung von Eisenbahnbauten in Sowjetrußland". Viel beachtet wurde die Unterredung, die Staatsminister Herriot, der eifrigste Anhänger eines Bündnisses mit Sowjetrußland, im Laufe des heutigen Tages mit dem Sowjetbotschafter Potemkin gehabt hat. Herriot scheint sich in die Verhandlungen, die auf immer größere Schwierigkeiten stoßen, jetzt einschalten zu wollen.

Die Unterredung, die Laval am Dienstag nachmittag mit dem Sowjetbotschafter Potemkin hatte, dauerte etwa eine Stunde. In französischen Kreisen verlautet, daß gewisse Abfassungsschwierigkeiten weiter bestehen und die von Frankreich und Rußland vorbereiteten Texte nicht in allen Punkten übereinstimmen. So dürfte der Sowjetbotschafter in Paris wiederum gezwungen sein, erst an seine Regierung zu berichten, so daß erst nach Eingang der Antwort die Verhandlungen wieder aufgenommen werden können.

Danzig nach der Volkstagswahl.

Vertrauensvotum für die Regierung. – Erklärung des Danziger Senatspräsidenten.

Staat und Kirche.

DNB **Danzig,** 30. April.

Der neugewählte Danziger Volkstag hat in seiner heutigen Eröffnungssitzung der nationalsozialistischen Danziger Regierung mit 43 Stimmen der NSDAP gegen 26 Stimmen der Opposition bei einer Stimmenthaltung das Vertrauen ausgesprochen. Gleichzeitig wurde Wirtschaftssenator Huth mit der gleichen Stimmenmehrheit zum Vizepräsidenten des Senats gewählt. Die bisherige Danziger Regierung bleibt damit in unveränderter Zusammensetzung im Amt. Das Haus nahm ferner einen Antrag der nationalsozialistischen Fraktion an, der eine straffere Handhabung der Geschäftsordnung ermöglicht.

Nach der Wahl des Volkstagspräsidiums gab der Präsident des Senats, Greiser, eine Regierungserklärung ab, die von der Mehrheit des Hauses mit starkem Beifall aufgenommen wurde. Er betonte einleitend, daß die Oppositionsparteien nach der Wahl vom 7. April nicht mehr das Recht hätten, vor internationalen Instanzen die Behauptung aufzustellen, die Danziger Bevölkerung stünde nicht mehr hinter der nationalsozialistischen Regierung. Wenn heute in der Stadt mehr als die Hälfte des Volkes und auf dem Lande mehr als 80 v. H. in geheimer und freiheitlicher Wahl ohne Druck und ohne irgend welchen Terror ein Bekenntnis zur nationalsozialistischen Führung abgelegt haben, so bedeute das vor der gesamten Weltöffentlichkeit die Feststellung, daß die Bevölkerung der Freien Stadt Danzig nach nationalsozialistischen Gesichtspunkten geführt werden wolle.

Die Regierung werde es in Zukunft noch weniger als bisher dulden, daß die mit größten Opfern erkämpfte Volksgemeinschaft durch das Treiben einiger politischer Gruppen zerstört werde. In dieser Unduldsamkeit werde der Senat sich nicht davon abhalten lassen, diejenigen Maßnahmen zu ergreifen, die er für notwendig hält. Presseerzeugnisse, die diesen Grundsätzen zuwiderhandeln, könne und dürfe die Regierung noch weniger dulden als bisher. Der Senatspräsident wandte sich dann mit Nachdruck gegen die immer mehr um sich greifenden Auseinandersetzungen über religiöse und kirchliche Fragen. Er lehne es ab, den Machtapparat des Staates für die eine oder andere Richtung des Kirchenstreites einzusetzen. Wenn jedoch Organisationen oder Pfarrer beider Konfessionen unter dem Mantel ihrer geistlichen Würde den Versuch unternähmen, den Stat oder seine Einrichtungen zu bekämpfen, so dürfe es nicht Wunder nehmen, wenn staatliche Machtmittel eingesetzt würden. Präsident Greiser wies dann auf die Schwere der Aufbauarbeit im nationalsozialistisch regierten Danzig hin, die in ihrer Zielsetzung die Heranziehung aller aufbauwilligen Kräfte erfordere. Wer aber den Versuch unternehme, sich dagegen zu stellen, müsse es sich gefallen lassen, daß die vom Nationalsozialismus zum Frieden ausgestreckte Hand sich auch einmal zur Faust balle und zum Schlage ausholte.

Zur wirtschaftlichen Lage Danzigs hob der Senatspräsident hervor, die Verringerung der Zahl der Erwerbslosen werde auch weiterhin das Grundziel nationalsozialistischer Wirtschaftsführung in Danzig sein.

Zur Außenpolitik erinnerte der Senatspräsident daran, daß die schier unüberwindlichen Schwierigkeiten, die das Verhältnis Danzigs zu Polen gefährdeten, durch die energische Zielsetzung des Nationalsozialismus angepackt und zum größten Teil beseitigt worden seien. Umso bedauerlicher sei es, daß entstellte und unwahre Berichte über eine Beeinträchtigung der Willensfreiheit polnischer Staatsbürger in Danzig mit dazu geführt hätten, eine Grundlage für Auseinandersetzungen zwischen dem polnischen Volkstum und der deutschen Minderheit in der näheren Umgebung des Danziger Grenzgebietes zu bilden.